

Calwer Tagblatt

Nr. 124. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hg., Resttagen 10 Hg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9. Samstag, den 31. Mai 1919. Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtschein Nr. 2, 65 vierteljährlich, Postbezugsschein im Orts- u. Nachbarortsbereich Nr. 2, 75, im Fernverkehr Nr. 2, 85, Postgebühr 30 Hg.

Zur Friedensfrage.

Die deutschen Gegenvorschläge über die Rechtsgrundlagen der Friedensverhandlungen.

Berlin, 27. Mai 1919.

Der allgemeine Teil der deutschen Gegenvorschläge an die alliierten und assoziierten Mächte behandelt im 1. Abschnitt die Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen. Die deutsche Delegation ist an die Aufgabe des Friedensabschlusses in der Rechtsüberzeugung herangetreten, daß der wesentliche Inhalt des künftigen Friedensvertrages schon durch seine Vorgeschichte schon in seinen Grundzügen bestimmt und damit für die Verhandlungen von Verfalltes eine sichere Plattform gegeben war. Die Tatsachen, auf die diese Rechtsüberzeugung sich gründet, wird rekapituliert. Aus dem Notenwechsel, der zu dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 geführt hat, geht hervor:

1. Deutschland hat ausdrücklich als Grundlage für den Frieden ausschließlich die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen angenommen. Andere Grundlagen hat weder Wilson noch irgend eine andere der alliierten Regierung nachträglich gefordert. Die Annahme der alliierten Waffenstillstandsbedingungen sollte nach Wilsons eigener Versicherung der beste Beweis für die unzweifelnde Annahme der oben erwähnten Bedingungen und Grundzüge für den Frieden seitens Deutschlands sein.
2. Deutschland hat die alliierten Waffenstillstandsbedingungen angenommen und trotz ihrer furchtbaren Härte mit allen Kräften durchgeführt. Es hat damit den vom Präsidenten Wilson geforderten Beweis geführt und dadurch ein verfrühtes Anrecht auf diesen Frieden des Rechts erworben.
3. Die Alliierten haben ebenfalls die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen als Friedensgrundlage angesehen.
4. Es besteht also zwischen beiden Parteien eine feierliche Vereinbarung über die Friedensgrundlage. Deutschland hat ein Recht auf diese Friedensgrundlage. Ihr Verlassen auf Seiten der Alliierten wäre der Bruch des völkerrechtlichen Abkommens.
5. Nach den eigenen Worten Wilsons muß der Friede auf dem Wege der Verhandlungen zustande kommen. Ein Diktatfriede wäre ein Bruch einer gegebenen Zusage. Diese Verhandlungen konnten sich nur auf die Anwendung der 14 Punkte und der weiteren Kundgebungen Wilsons erstrecken. In der Grundlage für die Gestaltung des Friedens sind also weder die alliierten und assoziierten Regierungen, noch die deutsche Regierung mehr frei. Vielmehr existiert, wie sich aus den dargelegten historischen Tatsachen ergibt, ein unzweifelhaft rechtsverbindliches factum de contrahendo.

Der 2. Abschnitt beschäftigt sich mit dem Widerspruch zwischen dem Vertragsentwurf und seinen Rechtsgrundlagen, sowie den früheren Zusicherungen der feindlichen Staatsmänner und den allgemeinen Ideen des Völkerrechts. Unsere Gegner haben wiederholt erklärt, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk führten, sondern gegen eine imperialistische und unverantwortliche Regierung. Unsere Gegner wiederholten immer wieder: Auf diesen Krieg ohne Gleichen soll auch eine neue Art des Friedens folgen, ein Friede des Rechts und kein Friede der Gewalt; ein neuer Geist soll von diesem Frieden ausgehen und sich in einem Bunde der Völker verkörpern, zu dessen Gliedern auch Deutschland gehören müsse. Deutschlands Stellung unter den Völkern soll nicht vernichtet werden, und es sollte das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker anerkannt werden.

Die vorgeschlagenen Friedensbedingungen stehen zu allen solchen feierlichen Versicherungen im offensichtlichen Widerspruch. Die neue Verfassung des Deutschen Reiches, die Zusammenfassung seiner Volkstregierung entsprechen den strengsten Grundsätzen der Diplomatie. Die Abkehr von der militaristischen Gesinnung zeigt sich auch darin, daß die von Deutschland zur Annahme vorgeschlagene Völkerbundscharta ein Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen enthält, das größere Sicherheiten schafft, als die entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundscharta im Friedensentwurf. Aber diese Tatsachen sind völlig unberücksichtigt geblieben. Es ist kaum abzusehen, welche härteren Bedingungen einer imperialistischen Regierung hätten auferlegt werden können.

Auch die von französischen und englischen Staatsmännern, wie vom Präsidenten Wilson wiederholt gegebene feierliche Zusicherung, daß der Friede ein Friede des Rechts, kein Friede der Gewalt sein soll, ist nicht eingehalten worden.

Zunächst in den territorialen Fragen: Im Westen soll ein rein deutsches Gebiet an der Saar mit mindestens 600 000 Einwohnern nur deshalb vom Deutschen Reich losgelöst werden, weil Ansprüche auf die dort vorhandenen Kohlen gemacht werden. 15 Jahre lang soll dieses Gebiet von einer Kommission regiert werden, auf deren Ernennung die Bevölkerung keinen Einfluß hat. In Schleswig ist die Grenze für die Abstimmung durch rein deutsche Gebiete gezogen und geht weiter, als sogar die dänische Regierung es wünscht. Den Bestimmungen über Oberschlesien, Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Danzig liegt gar kein Rechtsgedanke mehr zugrunde. Beliebig soll bald die Idee eines unverjährbaren historischen Rechts, bald die Idee des ethnographischen Bestandes, bald der Gesichtspunkt wirtschaftlicher Interessen maßgebend sein. Auch die Regelung der kolonialen Frage widerspricht dem Rechtsfrieden. Ueber den künftigen Forderungen des Friedensvertrages steht der Satz: Was geht vor Recht!

Das Deutsche Reich soll sich im voraus allen Verträgen und Verhandlungen seiner Feinde mit den Staaten unterwerfen, die auf einen Teil des alten Russischen Reiches errichtet sind oder errichtet werden, und zwar selbst in bezug auf seine eigenen Grenzen. Ferner behalten sich die feindlichen Regierungen das Recht vor, in ihren Gebieten auf unbestimmte Zeit nach Inkrafttreten des Friedensvertrages alles deutsche Eigentum ohne irgend welche Entschädigung und ohne Rücksicht auf die Zeit seiner Einbringung zu liquidieren oder anderweitige beliebigen Kriegsmassnahmen zu unterwerfen, sogar in den deutschen Kolonien und in Elsaß-Lothringen.

Es wird verlangt, daß deutsche Staatsangehörige den Gerichten der feindlichen Großmächte ausgeliefert werden, während doch eine unparteiische Behörde eingesetzt werden müßte, die alle in diesem Kriege vorgekommenen Völkerrechtsverletzungen feststellen hätte, von wem immer sie geltend gemacht werden.

Obgleich Präsident Wilson in seiner Rede vom 26. Oktober 1918 anerkannt hat, daß keine einzelne Tatsache den Krieg hervorgerufen hat, sondern im letzten Grunde das ganze europäische System die tiefere Schuld am Kriege trägt, soll Deutschland anerkennen, daß Deutschland und seine Verbündeten für alle Schädigungen, die die gegnerischen Regierungen und ihre Angehörigen durch seinen und seiner Verbündeten Angriff erlitten haben, verantwortlich sind. Dabei ist es eine unbestreitbare historische Tatsache, daß einige der uns feindl. Staaten, wie Italien und Rumänien, ihrerseits territorialer Eroberungen halber in den Krieg eingetreten sind. Abgesehen davon, daß also eine einwandfreie rechtliche Grundlage für die Deutschland aufgebürdete Entschädigungspflicht nicht gegeben ist, soll die Höhe dieser Entschädigung durch eine lediglich feindliche Kommission festgesetzt werden, ohne Anteil Deutschlands an der Beschickung. Die Befugnisse dieser Kommission laufen einfach darauf hinaus, Deutschland, wie eine Konkursmasse zu verwalten. Wie es angeborene Menschenrechte gibt, so gibt es angeborene Rechte der Völker. Aber das oberste Grundrecht aller Staaten ist die Zunichtung, die hier an Deutschland gestellt ist, unvereinbar. Was den Völkerbund anlangt, so ist kein Statut in Widerspruch mit den zahlreichen früheren Kundgebungen unserer Gegner ohne Deutschlands Mitwirkung festgesetzt worden, und das, was der Friedensvertrag schaffen wird, ist nur eine Fortdauer der gegnerischen Koalition, die den Namen „Völkerbund“ nicht verdient. Auch die innere Struktur verwickelt nicht den wahren Völkerbund. Statt der entrümpelten heiligen Allianz der Völker lehrt darin die ungeliebte Idee der heiligen Allianz von 1815 wieder, der Glaube von oben herab auf dem Wege diplomatischer Konferenzen mit diplomatischen Organen der Welt einen Frieden sichern zu können. Immer wieder haben Deutschlands Feinde vor aller Welt versichert, daß sie nicht auf eine Vernichtung Deutschlands hinaus wollten. Im Widerspruch dazu erscheint das Friedensdokument zu beweisen, daß Deutschland als Weltvolk schließlich vernichtet werden soll. Derartige Bestimmungen bedeuten eine vollständige Verleugnung jener Idee des Völkerrechts, nach der jedes Volk den Anspruch auf das Leben hat. Dieses höchste Grundrecht darf ihm um die wirtschaftlichen Interessen anderer Völker willen nicht genommen werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in diesem Kriege zu den alten Grundrechten hinzugezogen ist, wird in den Friedensverhandlungen verletzt, so in der Behandlung der Bewohner des Saargebietes als Zubehör der Bergwerke, in der

offenen Form der Befragung in den Bezirken Eupen, Malmedy und Preuß.-Moresnet, die überdies erst nach ihrer Unterstellung unter belgische Souveränität erfolgen soll, in Elsaß-Lothringen, wo die Bergflüchtlinge Deutschlands, das Anrecht von 1871 wieder gut zu machen, keinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer bedeutet, in der Grenzfürsorge über rein deutsche Territorien zugunsten der polnischen Nachbarn. Die Grenzziehung zwischen Polen einerseits, Mittelschlesien, Brandenburg und Preußen andererseits, ist aus strategischen Gründen vorgenommen. Diese sind eben im Zeitalter eines durch den Völkerbund international geschützten Besitzstandes schlechterdings unhaltbar. Am trasslichsten zeigt sich diese Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts darin, daß Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt und zu einem Freistaat gemacht werden soll. Weder geschichtliche Rechte, noch der heilige ethnographische Bestand des polnischen Volkes können gegenüber der deutschen Geschichte und dem deutschen Charakter dieser Stadt in Frage kommen. Ein freier Zugang zum Meer, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens befriedigt, kann durch völkerrechtliche Servitute durch Schaffung eines Freihafens gesichert werden. Auch die Deutschland zugemutete Abtretung der Handelsstadt Memel steht in keinerlei Zusammenhang mehr mit einem solchen Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Dasselbe gilt von der Tatsache, daß Millionen von Deutschen in Deutsch-Oesterreich der von ihnen erstrebte Anschluß an Deutschland verweigert wird und weitere Millionen an unsern Grenzen wohnende Deutsche gezwungen werden sollen, heim neugebildeten tschecho-slowakischen Staat zu bleiben. Sogar dem Staatsgebiet gegenüber, das Deutschland verbleiben soll, werden die Verheißungen vom Selbstbestimmungsrecht nicht eingehalten. Eine Kommission zur Durchführung der Entschädigung soll ausschlaggebend für das deutsche Staatswesen werden. Eine solche Preisgabe seiner Unabhängigkeit kann keinem Deutschen zugemutet werden.

In dem 3. Abschnitt „Folgen und Ausblick“ heißt es: All das zeigt, daß dieser der deutschen Regierung unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages in schroffem Widerspruch mit der vereinbarten Rechtsgrundlage für einen dauernden Rechtsfrieden steht. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfes entspricht den vereinbarten Bedingungen. Der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexión rein deutscher Gebiete und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens, er führt das deutsche Volk in eine der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Daher wurde er in der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai von der Regierung, wie von allen Parteien, als unannehmbar bezeichnet.

Die Vernichtung dieses Vertragsentwurfes will die für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten. Eine sterbende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen feiern ihren letzten, entfesselnden Triumph. Gegenüber diesen Anschauungen, die unfassbares Unglück über die Welt gebracht haben, berufen wir uns auf das angeborene „Recht“ der Menschen und Völker, unter dessen Zeichen der englische Staat sich entwickelt, das niederländische Volk sich befreit, die nordamerikanische Nation ihre Unabhängigkeit errichtet, Frankreich den Absolutismus abgeschüttelt hat. Es kann von den Trägern seiner geheiligten Tradition dem deutschen Volke nicht geweiht werden, das jetzt erst im Innern sich die Fähigkeit sich erstritten hat, seinem freien Willen gemäß zu leben. Mit der Achtung vor diesem angeborenen Recht erscheint ein Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt ist, nicht vereinbar. Aber in dem festen Entschluß, seine vertragsmäßigen Verbindlichkeiten zu erfüllen, macht Deutschland seine Gegenvorschläge.

Brodtorf-Kangau über die wirtschaftlichen Bedingungen.

Wuppertal, 28. Mai. Der Vertreter des Bureaus Europ. prof hat die Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation, Graf Kangau, über die Fragen der wirtschaftlichen Bedingungen zu sprechen. Graf Kangau legte seine Ansichten in folgender Weise dar:

„Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß — wie alles in der Welt — so auch die Wirtschaftsstruktur nichts Beständiges ist, sondern daß auch hier stets eine mehr oder weniger schnelle Entwicklung aus alten Formen stattfindet. Daß diese Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen in der Kriegszeit besonders bei allen kriegsführenden Ländern rasche Fortschritte gemacht hat, ist bezeichnend. Alle Länder waren

...mlung
Landeskirchen
...ie Schaffung
Kirche sein.
...en Volkskirche
...en stärker als
...zu wählen,
...t einnehmen,
...ng verbinden
...en, über-
Richtung
...ebenzell
...alw.
...rinnen, diesen
...egen ist,
...einigung.
...benfen
...tarke „Banernlob“
...„Diabolo“
...enwürbe,
...kzsteine,
...steinbecher,
...fenringe
...kaufen
...J. Hentelmann
...r-Blurat
...r Geflügel,
...e-Fresspulver,
...s Kraftmehl
...r Schweine,
...Bräfstal
...er für Kaninchen
...und Mäusegift
...empfeht
...R. Hauber.
...Dachtel.
...2 Wochen trücht
...Schaff-Kuh
...hat zu verkaufen
...Gottlob Witschelt.
...rwürze,
...ekuchen,
...ngelsutter,
...Drogerie
...der Nagold-
...rücke.

genügl. sogen. Kriegswirtschaft zu betreiben, und in allen Ländern sind durch diese Kriegswirtschaft Veränderungen in den Tatsachen und Begriffen eingetreten, von denen nicht erwartet werden kann, daß sie ohne dauernden Einfluß auf die wirtschaftliche Struktur der ganzen Welt bleiben. Dazu treten, besonders in Deutschland, noch viele Ideen, die durch die politische Umwälzung auch auf wirtschaftlichem Gebiete Fuß fassen könnten. In allen Ländern spielt sich, und das ist bezeichnend, der gleiche Kampf ab, und zwar zwischen den sogen. Theoretikern, die an manchen Errungenschaften der gebundenen Wirtschaft festhalten wollen, und den Anhängern des freien Handels, die das Heil aller Dinge in dem sogen. „freien Spiel der Kräfte“ sehen. Ich bin der Letzte, der die schweren Folgen der Kriegswirtschaft nicht voll übersehen, und der nicht ihre demokratisierenden Folgeerscheinungen erkennt und beseitigt zu sehen wünscht. Theoretisch haben ohne Fragen diejenigen recht, die ausschließlich von dem freien Spiel der Kräfte eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse in allen Ländern erwarten. Aber hatte die Welt denn in der Vorkriegszeit ein freies Spiel der Kräfte, für das diese Beziehung in vollem Umfange richtig ist? Lag nicht gerade darin, daß durch Zollschranken und wirtschaftliche Rivalitäten dem freien Spiel der Kräfte eine nationale Fessel angelegt wurde, einer der wesentlichsten Gründe für die Weltkatastrophe, deren Ende der Friede von Versailles sein soll. Können sich unsere Feinde wirklich wundern, wenn die neuen Ideen der Gemeinwirtschaft und der Sozialisierung gerade besonders stark in Deutschland Wurzel gefaßt haben, wo Deutschland viel früher und in viel stärkerem Maße durch völkerrightswidrige Blockade gezwungen war, jede freie individuelle wirtschaftliche Betätigung innerhalb seiner Landesgrenzen mehr und mehr zu unterbinden? Glauben Sie, daß das Friedensinstrument, das uns vorgelegt wurde, geeignet ist, gerade diejenigen Bestrebungen in Deutschland zu schwächen, die mit den Begriffen Sozialisierung und Gemeinwirtschaft den Versuch machen, einen neuen demokratischen Wall in die Wirtschaftsstruktur zu bringen, der die zusammengebrochene Wirtschaft Deutschlands durch die straffe Organisation einer nationalen Sparwirtschaft wieder leistungsfähig machen soll? Was ist denn die „Reparationskommission“ anders als der Zwang, Deutschland gemeinwirtschaftlich zu organisieren? Fremden Kontrollkommissionen soll die Entscheidung darüber zustehen, ob und wieviel Rohstoffe Deutschland einführen kann. Wie ist es unter einem solchen System überhaupt möglich, an die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zu denken? Denn welchen Kredit würde, wenn die Friedensvorschlüsse der Entente sich realisieren lassen würden, der deutsche Kaufmann persönlich im Auslande haben? Durch einseitige Bestimmungen und unerhörte Härte soll gerade der deutsche Kaufmann im Auslande vollkommen vernichtet werden. Alles, was er in mühsamer vierzigjähriger Arbeit an Beziehungen und Besitz in der Welt geschaffen hat und was ihm ermöglichen würde, jetzt im freien Spiel der Kräfte für die Wiederinbetriebsetzung der deutschen Wirtschaft tätig zu sein, würde hier mit einem Federstrich durch die Aufrechterhaltung der Liquidation weggenommen werden. Und was noch schlimmer ist, er kann auch nicht daran denken, zu versuchen, neu aufzubauen, denn das Recht unserer Gegner, deutschen Vermögensbesitz zu liquidieren, soll ja auch für alle Zukunft aufrecht erhalten werden. Was bleibt da dem deutschen Volke anderes übrig, als den Versuch zu machen, sich gemeinwirtschaftlich zu organisieren, d. h. also gerade denjenigen Weg zu beschreiten, den früher die Entente Staaten mit dem größten Mißtrauen und den größten Befürchtungen in bezug auf die Folgen für ihr eigenes Land betrachteten. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens soll in den wirtschaftlich denkenden Kreisen unserer Feinde mit dem nunmehr zusammengebrochenen preußischen Militarismus verglichen werden. Eine gewisse Wahrheit liegt in diesem Vergleich, denn ohne Frage könnte eine Gefahr für den Frieden der Welt entstehen, wenn an Stelle eines nationalsozialistischen Kapitalismus ein nationalsozialistischer Sozialismus treten würde, wenn der Nationalismus sich als Waffe, als eine Armee eine bis auf das Letzte durchorganisierte Wirtschaft schaffen würde.

Jeder Druck erzeugt Gegendruck. Wenn Deutschland in der Vergangenheit infolge seiner ungünstigen geographischen Lage und unter dem Druck der Einkreisungspolitik sich militärisch organisierte und sich deswegen das kritische Mißtrauen seiner Nachbarn zuzog, so sollten diejenigen, die diese unerhörte scharfen wirtschaftlichen Bedingungen gegen Deutschland ausgeheißelt haben, sich wohl der Gefahr bewusst sein, daß auch diese neuartige Einkreisungspolitik ihre Folgen haben muß, und daß dieser neue Druck Gegendruck erzeugt. Dann würde allerdings die neue Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur, deren Anfang wir hier in Deutschland erleben, sich nicht in friedlicher Evolution vollziehen, sondern sie würde fraglos eine Revolution der weltwirtschaftlichen Anschauungen bedeuten und Zustände herbeiführen, wie sie gerade die Kapitalisten in England und Amerika, die heute die Entwicklung in Deutschland mit Mißtrauen betrachten, zu vermeiden wünschen.“

Lloyd George der — Engländer.

London, 30. Mai. (Reuter.) Lloyd George erklärte in einer kürzlich in Amiens gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Rat der Vier nach Berlin begeben, müsse er jedoch eine Armee hinter sich haben.

Angewandte amerikanische Auffassung über die Gegenwortschlüsse.

Versailles, 30. Mai. „Chicago Tribune“ berichtet, die amerikanische Friedenskommission sei der Ansicht, daß die deutschen Gegenwortschlüsse 3 grundsätzliche Fragen aufwerfen: 1. Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, 2. Revidierung der Leistung Deutschlands für Wiedergutmachungen, 3. Volksabstimmung im Osten.

Die amerikanische Kommission sei für die Gewährung der selben letzten Forderungen, dagegen glaube sie, daß Frankreich keinesfalls darin willigen werde, daß Deutschland sofort Mitglied des Völkerbundes werde. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich den deutschen Gegenwortschlüssen betreffend die Finanzierung der Entschädigungen nicht, da die amerikanischen Finanzfachverständigen der Ansicht seien, daß die von Deutschland vorgeschlagene Summe von 100 Milliarden Goldmark das Höchstmaß dessen sei, was Deutschland bezahlen könne. — Von französischer Seite wird dagegen behauptet, es handle sich nur um die Auffassung unmaßgeblicher amerikanischer Kreise.

Die bevorstehenden Bedingungen an Oesterreich.

(WB.) St. Germain, 28. Mai. (Wiener Korr.-B.) Das heute dem Staatskanzler Dr. Renner als Präsident der deutsch-österreichischen Friedensdelegation überreichte Schreiben Clemenceaus hat folgenden Wortlaut:

Paris, 27. Mai 1919. Herr Präsident! Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 24. Mai zu bestätigen, worin Sie die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Oesterreich in möglichst kurzer Frist verlangen. Der Rat der Hauptmächte der verbündeten und assoziierten Mächte wünscht Ihnen als Antwort die Mitteilung zur Kenntnis zu bringen, daß der Entwurf des Friedensvertrages nächsten Freitag den 30. Mai (mittags) in St. Germain an Lage zur Ueberreichung an die österreichische Delegation fertiggestellt sein wird; doch werden die folgenden Fragen einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben müssen: 1. die Stärke der militärischen Kräfte, die in Zukunft in Oesterreich zu unterhalten sein werden; 2. die Frage der Wiedergutmachung und der Schulden. Diese zwei Fragen haben einen besonderen Charakter infolge des Verfalls des österreichischen Reichs in mehrere Teile. Dieser Verfall macht die Prüfung dieser Fragen unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf die Interessen und auf die Gliederung dieser verschiedenen Teile notwendig. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung. Clemenceau.

Die Lösung der Adriafrage.

Versailles, 30. Mai. Wie der „Temps“ meldet, ist in der Adriafrage ein Einverständnis erzielt worden. Präsident Wilson hat seine Zustimmung zu dem Vorgehen gegeben, das auch Orlando angenommen habe. Das Abkommen besagt: 1) Die Stadt Fiume außer der Vorstadt und Zufahrt wird mit dem westlichen angrenzenden Gebiet einen unabhängigen Staat bilden, der unter die Regide des Völkerbundes gestellt wird. Dieser Staat wird mit Italien eine gemeinsame Grenze haben und wird die Eisenbahnstrecke Fiume-Laiach erhalten. 2) Zara und Sebenico werden unter Italiens Oberherrschaft gestellt. Italien verzichtet aber auf jeden anderen Teil der dalmatinischen Küste und das Hinterland. 3) Endlich wird Italien die sogenannten strategischen Inseln erhalten, also Cherso und Lussin, südlich von Fiume, sowie die Insel Lissa und die ihr benachbarten äußeren Inseln. Der Völkerbund wird Italien ferner das Mandat in Albanien zugestehen.

Anfragen im englischen Unterhaus.

(WB.) London, 28. Mai. (Reuter. — Unterhaus.) In Beantwortung einer Anfrage bezüglich des Zusammenarbeitens der Alliierten, um eine wirksame Kontrolle über den Bedarf und die Versorgung der Welt mit Lebensmitteln trotz der gegenwärtig erhöhten Preise und der sich möglicherweise ergebenden Knappheit einzurichten, sagte der Lebensmittelkontrollleur Robert: alle Lebensmittelfragen seien in der Lebensmittelabteilung des Obersten Wirtschaftsrates in Paris zentralisiert worden, der aus Vertretern der alliierten Regierungen zusammengesetzt sei. Kenworthy fragte, ob auch Neutrals zur Beteiligung an diesem Rate eingeladen werden sollen. Robert antwortete verneinend. In Beantwortung einer andern Frage sagte Robert, soweit man voraussehen könne, bestehe kein Grund zu der Annahme, daß ein nennenswertes „Zu kurz“ in der Versorgung Großbritanniens mit den wichtigsten Lebensmitteln während des kommenden Winters eintreten werde. Es bestehe jeder Grund zu der Annahme, daß genügend Schiffsraum zur Einfuhr von Lebensmitteln vorhanden sein werde. Kenworthy fragte, ob britische Truppen im Golf von Finnland gelandet wurden. Forster antwortete im Namen des Kriegsamt mit nein. Mr. Ramara erklärte, daß bei dem letzten Kampfe in der Ostsee, an dem vier britische Kriegsschiffe teilnahmen und in dessen Verlauf die bolschewistischen Schiffe hinter die Minenfelder zurückgedrückt wurden, kein bolschewistisches Schiff versenkt wurde und daß die Engländer keine Verluste hatten. Harnsworth teilte mit, daß die britische Regierung der vorläufigen lettischen Regierung Waffen geliefert habe, um ihr die Behauptung der Unabhängigkeit gegenüber den in ihr Gebiet eingedrungenen bolschewistischen Streitkräfte zu ermöglichen.

Völkerbund oder Militarismus.

Amsterdam, 30. Mai. Nach einer Reutermeldung aus Washington vom 27. Mai erklärte Marineekretär Daniels im Ausschuß des Repräsentantenhauses für Marineangelegenheiten, es gäbe nur zwei Dinge für Amerika, entweder den Völkerbund oder die Schaffung der größten Flotte der Welt. Die Sicherheit des Landes verlange es. — Man muß sagen, dumm haben es die Amerikaner nicht angefangen, nachdem die deutsche Flotte sich selbst vernichtet hat, nun wollen sie den Militarismus schaffen, um die ganze Welt zu beherrschen.

Bevorstehende Besetzung Danzigs durch die Amerikaner.

Berlin, 31. Mai. Laut Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Haag wird aus New York berichtet, die „Times“ teile mit, daß eine Landung amerikanischer Matrosen in Danzig bevorstehe und daß Vorbereitungen für die Durchführung der Friedensbedingungen hinsichtlich Danzigs getroffen worden seien.

Die Griechen befehlen das ihnen zugesprochene türkische Gebiet.

Paris, 30. Mai. Griechische Streitkräfte sind gestern in Aioos gegenüber Mytilene, gelandet. Geringer Widerstand der Türken wurde gebrochen.

Die englischen Anstrengungen zur Unterwerfung der noch freien Stämme an der indischen Westgrenze.

London, 30. Mai. Das Reuterische Bureau erfährt, daß die Lage in Afghanistan sich gebessert hat. Auf beiden Seiten fanden Truppenzusammenziehungen statt. Der Vormarsch der britischen Truppen nach Afghanistan kann jedoch wegen der dazu nötigen Vorbereitungen nicht sofort stattfinden. Die britischen Unternehmungen in der Luft haben die Stämme in große Aufregung gebracht. — In Transkasprien ist die Lage ernst geworden. Die Bolschewisten haben Merw besetzt und melden auch die Einnahme von Rusch. Die Briten brachten auf dem Kaspischen Meer einem bolschewistischen Geschwader eine Niederlage bei. — In Südrußland ist ein erster Aufstand ausgebrochen. Das mesopotamische Heer unternimmt ernste Schritte dagegen.

Der deutsche Gegenentwurf.

* Die deutsche Denkschrift, die die Antwort auf den Entente-friedensentwurf gibt, behandelt zuerst die Ententebedingungen, und stellt fest, daß diese nicht mit den vereinbarten Grundfäden übereinstimmen, die nach den dauernden Kundgebungen der Entente einen Frieden des Rechts schaffen sollten. Die Zumutungen, die in diesem Entwurf an das deutsche Volk gestellt würden, gingen über seine Kräfte, sie seien undurchführbar. Man könne nicht verlangen, daß das deutsche Volk seine eigene Achtung, sein Todesurteil unterzeichne. In territorialen Fragen stelle sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilson-Programms. Es verzichte (1) auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wüßte aber dort freie Volksabstimmung. Wir finden diese Haltung weder rechtlich noch politisch geschickt, denn Tatsache ist, daß Elsaß-Lothringen uns von den Franzosen seinerzeit geraubt und dadurch teilweise französisiert wurde. Ein Rechtsanspruch der Franzosen besteht also nach den Wilsonschen Grundfäden nicht, die unbelastet von früheren Verletzungen dieses merkwürdigen Staatsmannes über die freischlichtige französische Nation allerdings von einem 1870 begangenen Unrecht sprechen. Der größte Teil der Provinz Posen mit unbestreitbar polnisch besiedelten Gebieten soll nebst der Hauptstadt Posen an die Polen abgetreten werden. Auch ist man bereit, den Polen durch Einräumung von Freigäben, Danzig, Königsberg und Memel, durch freie Weichsel-Schiffahrt und besondere Eisenbahnverträge, freien und sicheren Zugang zum Meer zu gewähren. Die dänischen Gebiete Schlesiens sollen ebenfalls abgetreten werden. Aber Deutschland verlangt auch zu Gunsten der Deutschen in Oesterreich und Böhmen Selbstbestimmungsrecht. Bezüglich der Frage der wirtschaftlichen Wiedergutmachungen erklärt sich Deutschland bereit, an der Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs mitzuwirken. Für den Produktionsausfall an Kohlen soll Frankreich in den ersten 5 Jahren jährlich 20 Millionen Tonnen erhalten, außerdem sollen Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg auch noch weitere Zufuhren erhalten. Die Forderung der deutschen Ueberflotte wird als unannehmbar bezeichnet, da Deutschland die Seefahrt für sein gesamtes Wirtschaftsleben nötig hat. Dagegen will Deutschland seine Schiffe einer internationalen Schifffahrtsgesellschaft zur Verfügung stellen, welche eine für alle beteiligten Staaten einheitliche und gleiche Verteilung der Transportleistungen durchführen müßte. Auch Bauverpflichtungen für die durch den U-Bootkrieg verloren gegangenen Schiffe will Deutschland übernehmen. Auch dieses Zugeständnis finden wir nicht am Platze, wir hätten uns eher auf den Standpunkt stellen sollen, daß die völkerrightswidrige Blockade uns eben zu diesem durch ausreichenden Notwehrakt gezwungen hat. Mit Recht wird in dem deutschen Gegenvorschlag eine Ersatzpflicht an Rußland, Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien und Polen abgelehnt, weil Deutschland diese Staaten nicht angegriffen hat. Gegen die Wegnahme der deutschen Kolonien wird Einspruch erhoben, da dies den Wilsonschen Versprechungen entgegen sei, und Deutschland seine Kolonien heute notwendiger als je brauche.

Bermischte Nachrichten.

Eine erste Schweizer Note gegen die Handelskontrolle der Entente.

Bern, 30. Mai. Angesichts der für die Schweiz durch die Aufrechterhaltung der Blockade immer unerträglicher werdenden Verhältnisse hat der Bundesrat am 24. Mai beschlossen, den alliierten Regierungen eine Note überreichen zu lassen, in der es u. a. heißt, die Schweiz müsse auf ihrem Wunsch beharren, daß das System der S. S. S. einer Revision unterzogen werde, besonders im Hinblick darauf, daß den Kaufleuten in den alliierten Ländern, Abweichungen von dem Verbot des Handels mit dem Feinde zugestanden werden und daß dieser Handel einen Umfang annehme, der in der Schweiz schwere Besorgnisse wachrufe. Die öffentliche Meinung in der Schweiz sei daher sehr erregt. Der Bundesrat der Schweiz müsse deshalb nochmals auf sein Begehren bezüglich einer Revision der S. S. S. zurückkommen, darüber hinaus aber die vollkommene Aufhebung der S. S. S. verlangen. Der Bundesrat vertraue auf den Geist der Gerechtigkeit und der Billigkeit der alliierten Regierungen, müsse sich aber seine volle Handlungsfreiheit vorbehalten, falls seinen Wünschen nicht entsprochen werde.

Freigabe von Lebensmitteln nach Deutschland aus der Schweiz.

Die am S. S. S.-Abkommen beteiligten alliierten Staaten haben laut „Berliner Bund“ die Freigabe der Einfuhr von Lebensmitteln, die direkt und indirekt zur menschlichen Ernährung dienen, nach der Schweiz beschlossen, ohne daß künftighin ein Konsignationszwang oder eine Kontrolle der S. S. S. besteht. Dadurch ist die Möglichkeit der Ausfuhr nach Ländern der ehemaligen Mittelmächte, besonders nach Deutschland gegeben, worüber die Schweizer Behörden entscheiden.

Noch eine Stimme zum Wählen.

O, ihr Gemäßigtsfortschrittlichen, ihr glaubet vor den Kandidaten der Gemeinschaften warnen zu müssen, die neue Kirchenverfassung könnte zu eng werden, aber ihr besuchet lieber 100 Gesellschaftsstunden als eine Gemeinschaftsstunde, daß ihr selbst höret was darin geredet wird.
Der Herr Jesus macht aber wegen euch die Pforte nicht weiter und den Weg nicht breiter. Matth. 7, 13. 14.

Oberkollbach.

Herzliche Einladung

Gemeinschaftsfest

am Sonntag, den 1. Juni, nachm. um 2 Uhr
beim Hause des Herrn H. Schwämmle.
Redner: Verschiedene.

Lichtspieltheater Calw, Bad. Hof.

Vorstellung: Sonntag punkt 8 Uhr Abends.

Es giebt nur eines auf der Welt d. ewig ist - die Liebe.

Drama aus dem Studentenleben in 6 Akten und einem Vorspiel in der Hauptrolle
Leontine-Rühberg.

Anna der Stolz des Hauses.

Schönes Lustspiel in 2 Akten, mit
Anna Müller Linke.

Die Nachmittags-Vorstellung fällt für diesmal aus.

Wegen Aenderung der Bedingungen für die bei uns eingelegten Sparkassengelder haben wir

neue Sparkassenbücher

anfertigen lassen. Wir bitten daher unsere Geschäfts-
freunde, ihre

(rote) Sparkassenbücher

im Laufe der nächsten 14 Tage an uns einzusenden.

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe
in Calw e. G. m. b. H.

Carl Kaelble, Backnang
Spezialfabrik der neuesten, selbstfahrenden
Brennholz-Säge und Spaltmaschine
auch zum Antrieb von Draschmaschinen, Schrotmühlen usw. vorzüglich geeignet.
"Ueber Verdienst gesichert".
Man verlange neueste Drucksache.



Jeder Landwirt

findet sicher das größte Lager in

Pflügen und Eggen

mehrerer Fabrikate in der Maschinenhdlg.

Max Zucker, Weilderstadt,

Telefon Nr. 41.

Herzliche Einladung

zum

Jahres-Fest

der Kinderrettungs-Anstalt in Stammheim

am Pfingstmontag, nachmittags 2 Uhr.

Von Sonntag, den 1. Juni ist bei günstiger Witterung das
Wald = Café
bis auf weiteres geöffnet.
Wilhelm Wurster, Conditorei u. Café.

„Nähmaschinen“

nur erstklassige Fabrikate.

Größte Auswahl in allen Sorten.

Billige Preise.

Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

Ich bitte um Besichtigung meines Lagers.

Louis Schaible & Altensteig
Uhrmacher

Reparaturwerkstätte f. Nähmaschinen u. Grammophone.



Schugmate.

Trotz der Teuerung kann man sich für nur 14 Pfennig 1 Liter wohlsmekendes, bekömmliches Hausgetränk bereiten aus dem beliebtesten
Breisgauer

Kunst-Mostanach
mit künstl. Süßstoff, nur mit Wasser zu verdünnen, obstweinähnlich, 150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr. M.20.— M.14.— M.7.— derselbe

ohne künstl. Süßstoff, wozu Zucker nötig, der durch Gärung Alkohol-gehalt erzeugt, kostet: 150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr. M.18.— M.12.50 M.6.50 Flaschenpreis für jede Flasch 50 Pfennig.
Erhältlich in den einschläg. Geschäften.
Prospekte direkt durch
Eduard Palm, Freiburg i. Brg.

Nähmaschinen- und Fahrrad-Ver.

E. Staab, Liebenzell.

Alte Hüte wie neu durch Strohhutlack und Strobin.

alt. Schuhwie neu durch Färbol, weiß, gelb und schwarz

Ritter-Drogerie gegenüber Hotel „Walhorn.“

Zöpfe, Haararbeiten

aller Art werden angefertigt bei
Karl Genthner, Friseur-
geschäft, Bad Liebenzell.

Postkarten Briefbogen Briefhüllen

liefert die Druckerei dieses Blattes.

Seidenstoffe zc.

zu Blusen und Kleidern empfehle bestens.

Zulie Schimpf.

Parkett- Bodenwische, Fußboden-Öl, Stahlspäne

empfeht
Ch. Schlatterer.

Ein leichtes Einspannerwägele

hat zu verkaufen.
Friedr. Baitinger, Dachtel.

Sitz- u. Liege- sportwagen

mit Gummireifen ist zu verkaufen.
Zwinger 292, I. St.

Einen noch gut erhaltenen Kinder-Sitz- u. Liege-Wagen

mit Gummireifen hat zu verkaufen. Wer sagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Zur kirchlichen Wahl.

Calw, 31. Mai.

In der kirchlichen Versammlung vom gestrigen Abend hat Herr Mittelschullehrer Beck geäußert, er befinde sich gegenüber der Person des Kandidaten Stadtpfarrer Sandberger in Liebenzell in Gewissensnot. Denn er habe den Eindruck, dieser gebe wohl mit Worten schöne Erklärungen ab, aber sein Verhalten stimme damit nicht überein. 1. Er stelle sich in seiner Erklärung auf den Boden des Wortes Gottes und des Bekenntnisses, erkläre aber im neuesten „Calwer Tagblatt“ das Bekenntnis für eine Wortformel. 2. In einer kirchlichen Versammlung zu Schönbach habe kürzlich ein Redner Pfarrer Jatho gerühmt, der einem Wunder Jesu mit seiner Erklärung den Wundercharakter genommen und Gottes Wort damit entkräftet habe. Stadtpfarrer Sandberger sei in dieser Versammlung zugegen gewesen, habe aber dazu geschwiegen und kein Wort dagegen gesagt. 3. Derselbe preise auch die Duldsamkeit, aber greife im neuesten „Calwer Tagblatt“ die Gemeinschaften in einer Weise an, die ihn tief geschmerzt habe; da habe er an das Wort vom Wolf in Schafskleidern denken müssen. Herr Beck hat um Aufklärung und Hilfe aus seiner Gewissensnot.

Ich hatte gestern Abend die Erklärung von Stadtpfarrer Sandberger nur flüchtig gelesen gehabt, da ich fast den ganzen Nachmittag von zu Hause abwesend war, und war daher nicht in der Lage, in der Versammlung das Wort zu nehmen, möchte es aber jetzt noch tun, da er sich selbst gegenüber diesem Ueberfall nicht wehren kann. Ich habe den Eindruck, wenn es Herrn Beck um rasche und sichere Hilfe aus seiner Gewissensnot zu tun war, dann wäre es doch das Geratensste und Sicherste gewesen, wenn er sich gestern nachmittags sofort hingesezt und an Stadtpfarrer Sandberger einige Zeilen mit der Bitte um Aufklärung geschrieben hätte; er hätte sie wohl bald und sicher erhalten. Er hätte sich auch sagen können, daß er in der gestrigen Versammlung kaum eine befriedigende Aufklärung erhalten werde, weil diese eben nur Stadtpfarrer Sandberger selbst geben kann. Herr Beck hat sie denn gestern Abend auch nicht erhalten und mußte in seiner bedauerlichen Gewissensnot wieder nach Hause gehen. Ich fragte mich auch: Handelt es sich in diesen Fragen wirklich um Gewissensnot, oder liegt ein Irrtum vor? Ich kann mir denken, Herr Beck sei in wirklicher Gewissensnot, weil er Stadtpfarrer Sandberger gern gewählt hätte — was er im Ernste doch nicht wird behaupten wollen — und nun über seine Aufrichtigkeit unsicher geworden war, oder weil er den Anwesenden die Wahl von Stadtpfarrer Sandberger hätte empfehlen wollen — was er im Ernste auch nicht wird behaupten wollen — und dies nun nicht mehr konnte. Not des Gewissens scheint mir nicht vorgelegen zu haben, sondern Not des Verstehens und Begreifens, aus der eine Anfrage bei Stadtpfarrer Sandberger am raschesten und sichersten geholfen hätte.

Ich kann mir allerdings noch weiter denken, daß Herr Beck, als einer der Führer der Gemeinschaftskreise, sich in seinem Gewissen getrieben fühlt, vor Stadtpfarrer Sandberger als dem gefährlichen „Wolf in Schafskleidern“ öffentlich zu warnen, und diesen Eindruck habe ich aus seinen Worten bekommen. Das zu tun, ist sein gutes Recht; das wird ihm niemand bestreiten. Aber wenn man in öffentlicher Versammlung einem ehrenwerten Mann in mehr oder weniger versteckter Weise in seiner Abwesenheit den Vorwurf der Unaufrichtigkeit macht, dann sollte man es sich doch zum Gewissen machen, sich darüber vorher gründlich zu vergewissern, ob der Vorwurf tatsächlich berechtigt ist oder nicht. Das Beweismaterial, das Herr Beck vorgebracht hat, ist doch lange nicht kräftig genug, um einen solch schwerwiegenden Vorwurf zu tragen. Was Stadtpfarrer Sandberger über die „Bekenntnisfrage“ geschrieben hat, ist übrigens so schwer nicht zu verstehen: Er bittet darum, auf der Gegenseite die Bedeutung des Bekenntnisses für die Volkskirche nicht zu überpassen; denn gerade dann läuft man Gefahr, über dem Wortlaut den Geist zu vergessen und ein lebendiges Glaubenszeugnis, was doch jedes Bekenntnis sein soll, zur leeren Wortformel herunterzudrücken. Diese Erkenntnis kann man recht gut offen aussprechen und kann dabei doch mit Ueberzeugung auf dem Boden unseres evangelischen Bekenntnisses stehen und ein aufrichtiger Mann bleiben. Schmid.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Aufgabe der Wirtschaft verkauft am Mittwoch, den 4. Juni, vormittags 9 Uhr und nachmittags bei Frau Eug Witwe, z. „Jungfer“ im Biergäßle, gegen Barzahlung: verschiedenes Küchengehör und Steinkrüge, 1 Oval-Tisch, Wirtschaftstische mit Schranken, 1 Ledentisch mit Schreibpult, 2 Kommode, 1 Sofa, Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Krankentisch, 1—3 etagiger Blumenständer, 2 Bettstaben mit Kösse und Matratzen, Bettstücke, 1 Bringmaschine, 1 Holzwanne, versch. Kohlen-Bügeleisen, Messing- und Holzhähnen, 1 Brücken-Waage, 1 Schubkarren, 2 Leitern, Siebe, 3 Fässer und Rüsselgeschir, 1 steinerner Brunnenrog, eine Partie Korb- und andere Flaschen, landwirtschaftl. Geräte, 1 Partie Presspöme und Packpapier, Spiegel und Bilder, sowie allgem. Hausrat.

Liehaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kollb.

Evangelische Arbeiterinnen und Arbeiter des Oberamts Calw!

Gebt bei der Wahl zur Landeskirchenversammlung eure Stimme den Kandidaten der gemäßigten Richtung: Stadtpfarrer Sandberger Liebenzell Oberpräzeptor Boeuchle Calw!

**Turn-
Versammlung**
Montag, 2. Juni 1919

Haarhrketten
mit oder ohne Haarzugabe fertig
J. Odermatt, Friseurmstr

Größte Auswahl in Nähmaschinen auch **Verfärbmaschinen** i. Eisen u. Nußbaum sowie für Schneider und Schuhmacher. Auskunft kostenlos Stephan Gerster, Reutlingen. Kriegsanzahlung wird in Zahlung genommen.

Zu verkaufen!
5000 Kilo Thomas Band Eisen 34 x 0,90 m/m.
5000 Kilo S. M. Tiefzieh-Band Eisen 120 x 2 m/m.
10000 Kilo decapierete Abfallstreifen lackiert und unlackiert von ca. 0,24 - 0,50 m/m stark.
1000 Stück Munitionskisten mit Patentverschluß, Griff und Schamieren, zum Versand und im Geschäft (da praktische Handhabung) für kleine schwere Teile, Präzisionsartikel usw. sehr geeignet.
Gebe auch kleinere Posten ab. E. Bilger, Metallwarenfabr. Troffingen. Fernruf 85.

**Stahlspäne
Mayers Bodenwische
Bodenöl
Möbelpolitur
Pugbürsten
Puglischer
Sorgobesen**
alle Sorten
Stofffarben,
Vorhangcreme,
Stärke-Ersatz
empfiehlt
R. Otto Vinçon.

Alle Musikinstrumente
für Haus u. Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zithern, Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Arkaden Klebtsch-Kaffeebrücke.) Großhandlung, Einzelverkauf.
Ankauf abgegriffener Gramophon-Platten und Bruch, zum festgesetzten Höchstp. von Mk. 1.75 per kg. Ausführung aller Reparaturen u. Stimmen.

Aufruf zur Wahl für die Landeskirchen-Versammlung.

Die kirchlich rechtsstehenden Kreise haben die Unterzeichneten als Männer ihres Vertrauens aufgestellt.

Wir haben folgendes Programm:

- Der unverlierbare Grund, auf dem unsere Kirche steht, ist das Wort Gottes und das apostolische Glaubensbekenntnis.
- Ein Festhalten am bloß äußerlichen Wortlaut der heiligen Schrift unter stillschweigender Preisgabe ihres geistigen Lebensinhaltes ist uns nicht bloß besonnener Fortschritt, sondern Verleugnung der inneren Kraft des Wortes Gottes. Es gibt keinen Fortschritt über das Wort der göttlichen Mehrheit hinaus. Ein solcher kann nur stattfinden in Bezug auf die äußeren Lebensformen der Kirche. Diese aber sollen zeitgemäß weitergebildet werden, darin sind wir so fortschrittlich wie die anderen alle.
- Das kirchliche Bekenntnis ist uns nicht nur eine Wortformel, die man nach Gutdünken drehen und deuten kann. Wir fürchten mit Recht, daß wer so von der Dehnbarkeit des kirchlichen Bekenntnisses öffentlich redet, einst, wenn die Gelegenheit kommt, wacker am Abbau der Bekenntnisgrundlage mitarbeite und zwar unter der harmlos scheinenden Maske des Schlagworts vom milden gemäßigten Liberalismus.
- Die Kirche der Zukunft sei eine Volkskirche im wahren Sinne des Wortes, in der gleichstrebende Gesinnungsgenossen herzlich willkommen sind. Denn wir üben Toleranz, nicht aus Menschengefälligkeit, sondern im Sinne Jesu Christi.
- Die kirchentreuen Kreise waren, wie allenthalben bekannt ist, schon bisher die Hauptstützen der Kirche. Sie haben nur das wahre Wohl der Kirche im Auge, wenn sie davor warnen, solche wesensfremde Elemente in den Neubau der Kirche mit hereinzunehmen, welche als gefährliche Fremdkörper den Bestand der Kirche bedrohen. Die falsche Unterstellung, wir selbst seien eine Gefahr für den Fortbestand der Kirche, ist lächerliche Torheit — oder böswillige Unwahrheit, sage es, wer es wolle.
- Wir werden, wie schon bisher, durch persönliche Werbung und Evangelisation alle Suchende und Ringende in die neue Kirchengemeinschaft einladen. Wir werden nicht jetzt erst, etwa aus politischer Berechnung, um die Gunst der Massen. Wir taten dies schon bisher. Wer könnte die Wirklichkeit so auf den Kopf stellen und behaupten, wir gönnten außer uns niemand die wahren Segensgüter des Evangeliums?
- Wir fordern Gleichberechtigung zwischen Geistlichen und Laien im Sinne des allgemeinen Priestertums.
- Die wissenschaftliche Arbeit der Theologie kann auch in Zukunft nicht entbehrt werden.

Wer sich von den kirchentreuen Mitgliedern auf unseren Boden stellen kann, der wähle morgen

Pfarrer Hornberger in Zwerenberg
und
Fabrikant Blank in Calw.
Der Wahlauschuß.

Unterhaugstett, 30. Mai 1919.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten hiemit die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, unvergessliche Tochter, Schwester und Braut **Friederike** im Alter von 23 1/2 Jahren am Himmelfahrtsfest nachmittags 5 Uhr im Krankenhaus in Calw nach kurzer, schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:
der Vater: Jakob Seifried
die Mutter: Katharine Seifried
die Schwestern: Emilie, Luise, Frida
der Bruder: Jakob
der Bräutigam: Fr. Kugele, Unterlengenhardt.

Beerdigung Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr, in Unterhaugstett.

Calw, 30. Mai 1919.

Dankagung.

Für alle Beweise wohlthuerender Liebe und Teilnahme während der Krankheit und beim Tode meiner lieben Gattin, unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante **Dorothea Heilemann** geb. Bosh

sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.
Namens der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte: Wilhelm Heilemann.

Benno-Pillen u. Tee
sind ein vielbewährtes unschädliches Mittel bei **Blutandrang, Kopfschmerzen, Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.**
Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno. Preis für Pillen Mk. 1.—, für Tee Mk. 2.— die Schachtel. Zu haben in allen Apotheken.

Halloh!
Telefon 41
Maschinenhandlung
Max Zucker
Weilderstadt

Wanness der Kaufmann: **sofort**
Maschinen, Geräte, Ersatzteile?
Jawohl ab ich auf Lager.
Bitte als Gültigkeit, Ersatzteile, Reparatur, neue Teile?
Dann die Reparatur sofort fertigstellen lassen?
Jawohl!

**Schuh- Huf- und
Wagenfett,
Schuhereme,
Motoren-
und Maschinenöl,
Nähmaschinenöl,
conf. Fett**
empfiehlt
R. Hauber.

Jagd-Gewehr
Drilling oder Büchse
sucht zu kaufen
und bezahle guten Preis
Joh. Mohr,
Spindlershof.

Millimors
die Idealbazillen zum Hervorrufen von tödlichen Seuchen und Massensterben bei **Ratten, Hausmäusen, Feldmäusen, Hamstern.**
Billig! **Mk. 1.50.** Einfache Handhabung! pro Röhre.

In jeder Apotheke und Drogerie zu haben. Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an uns unter Hinweis auf dieses Angebot! Die Herstellung in eigenem Laboratorium durch Fachleute bürgt für die Güte des Präparates!
Im Sommer 1918 bei der grossen Mäuseplage im Elsass durch versch. Behörden mit gutem Erfolg angewandt!
Nachahmungen weise man zurück!

Millimors chem. bakt. Laboratorium Karlsruhe, Herrenstrasse 15.
Hauptniederlage: **Ritter-Drogerie, Calw,** an der Nagoldbrücke.